



Rathaus Umschau

Donnerstag, 22. Januar 2026

Ausgabe 14

ru.muenchen.de

Als Newsletter unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Terminhinweise für Medien | 2 |
| Meldungen | 3 |
| › Öffentlicher Inklusions-Eislaufntag im SAP Garden | 3 |
| › Neue Realschule an der Forstenrieder Allee: Erörterungsveranstaltung | 4 |
| › Fritz-Schäffer-Straße in Neuperlach: Öffentlichkeitsbeteiligung | 5 |
| › Online-Infoabend „Schimmel vermeiden und beseitigen“ | 6 |
| › Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums | 6 |
| Antworten auf Stadtratsanfragen | 8 |
| Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat | |

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Freitag, 23. Januar, 10 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Die Fachstelle für Demokratie stellt eine neue Studie zum Thema „Münchener Kurd*innen – (Un-)sichtbare Realitäten zwischen pluralen Zugehörigkeiten und multidimensionaler Diskriminierung“ im Rahmen eines Hearings vor. Die qualitative Studie wurde von einem Team um Professorin Dr. Çinur Ghaderi von der Evangelischen Hochschule Bochum durchgeführt und beleuchtet erstmals systematisch die Situation der etwa 28.000 Münchner Kurd*innen. Im Fokus stehen dabei die auch Erfahrungen mit Diskriminierungen. Zudem enthält sie Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und die Stadtgesellschaft.

Das Hearing wird durch ein Grußwort von Dr. Miriam Heigl (Leiterin der Fachstelle für Demokratie) eröffnet. Nach der Vorstellung der Studienergebnisse durch das Forschungsteam folgt eine Diskussionsrunde mit den geladenen Gästen aus Politik, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft. Das Hearing dauert bis circa 11.30 Uhr.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung per E-Mail an fg@munchen.de wird gebeten.

Samstag, 24. Januar, 13 Uhr, Heiglhofstraße 25

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort anlässlich der Auftaktveranstaltung zum 100-jährigen Vereinsjubiläum des TSV München-Großhadern von 1926.

Wiederholung

Sonntag, 25. Januar, 17 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Unter dem Motto „Mein Herz, dein Herz: München feiert kleine und große Wunder“ lädt das LMU Klinikum – unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dieter Reiter und der „Herz für Herz Stiftung“ – zu einem Empfang zum Thema Herztransplantation ein.

Es sprechen Oberbürgermeister Dieter Reiter, Professor Markus M. Lerch, Ärztlicher Direktor des LMU Klinikums, und Professor Christian Hagl, Direktor der Klinik für Herzchirurgie am LMU Klinikum. Das Programm gestalten außerdem der Extrembergsteiger Thomas Huber, die Schauspielerin Monika Baumgartner (Der Bergdoktor) und viele Betroffene, die mit einem fremden Herzen leben oder auf eines warten müssen.

Das Münchner Herztransplantationsprogramm blickt auf eine lange und erfolgreiche Tradition zurück. Mehr als 1.500 Patientinnen und Patienten konnten bislang ein neues Herz erhalten. Trotz dieser positiven Entwicklun-

gen haben sich die Rahmenbedingungen für Menschen auf der Warteliste leider nicht verbessert. Der nach wie vor bestehende Organmangel in Deutschland erfordert dringend wirksame strukturelle Maßnahmen und Reformen. Auch dazu wird das Fest Anregungen geben.

Achtung Redaktionen: Für die Veranstaltung ist eine Akkreditierung bis Freitag, 23. Januar, erforderlich per E-Mail an presse@med.uni-muenchen.de. Einlass ist ab 16 Uhr.

Dienstag, 27. Januar, 20 Uhr, Festsaal des Hofbräukellers am Wiener Platz

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort anlässlich des Neujahrsempfangs des Bayerischen Sportschützenbundes.

Dienstag, 27. Januar, 19.30 Uhr, Katholische Stiftungshochschule, Preysingstraße 95

Das Mobilitätsreferat mit Mobilitätsreferent Georg Dunkel stellt die Ergebnisse der Evaluation der einjährigen Testphase der Fußgängerzone in der Weißenburger Straße vor. Im Anschluss ist eine gemeinsame Diskussion mit Bezirksausschuss, Anwohnenden und Gewerbetreibenden geplant. Die Veranstaltung dauert bis circa 21 Uhr.

Achtung Redaktionen: Anmeldungen bitte bis Montag, 26. Januar, 14 Uhr, per E-Mail an presse.mor@muenchen.de.

Meldungen

Öffentlicher Inklusions-Eislauf im SAP Garden

(22.1.2026) Wo normalerweise die Profis des EHC Red Bull München Eishockey spielen, können am Samstag, 24. Januar, von 14 bis 16 Uhr beim Inklusions-Eislauf alle an ihren Eislauffähigkeiten feilen – ob Jung und Alt, ob im Stehen oder Sitzen, ob mit oder ohne Unterstützung. In jedem Fall barrierefrei. Denn erstmals findet der Inklusions-Eislauf im SAP Garden nicht nur in der Halle 1 des Eisparcs statt, es ist auch die Hauptspielfläche des SAP Garden – die sogenannte Bowl – geöffnet.

Der Inklusions-Eislauf findet in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat der Stadt München und dem Eis- und Rollsport-Club München e.V. (ERC) statt. Der Inklusionseislauf stellt die Rücksichtnahme aufeinander in den Vordergrund und bietet mehr Platz auf dem Eis. Sowohl Eislaufhilfen als auch Eisgleiter werden zur Verfügung gestellt.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Der Inklusions-Eislauf im SAP Garden zeigt, wie wichtig uns echte Teilhabe im Alltag ist. Sport verbindet Men-

schen – unabhängig von individuellen Voraussetzungen. Dass erstmals auch die Bowl für den inklusiven Eislauf geöffnet wird, ist ein starkes Zeichen für ein offenes und solidarisches München.“

Sportreferent Florian Kraus: „Chancengleichheit ist ein zentrales Leitprinzip unserer Arbeit – auch im Sport. Mit dem Inklusions-Eislauf zeigen wir, dass Sportangebote in München so gestaltet werden, dass alle Bürger*innen daran teilhaben können. Der SAP Garden ist dabei ein wichtiger Ort, um inklusive Sporterlebnisse selbstverständlich und für alle zugänglich zu machen.“

Neue Realschule an der Forstenrieder Allee: Erörterungsveranstaltung

(22.1.2026) Die Stadt verbessert die schulische Versorgung im Münchner Südwesten. An der Forstenrieder Allee im 19. Stadtbezirk Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln entstehen eine neue Realschule und ein Haus für Kinder. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit findet am Dienstag, 27. Januar, von 18.30 bis 21 Uhr eine öffentliche Erörterungsveranstaltung in der Aula der Joseph-von-Fraunhofer-Schule an der Engadiner Straße 1 statt.

An der Forstenrieder Allee sollen neben der fünfzügigen Realschule mit Dreifach-Sporthalle und Mensa auch ein Haus für Kinder für zwei Krippen- und zwei Kindergartengruppen sowie Pausenhof- und Freisportflächen entstehen. Der Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2160 soll die dafür notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen. Zur Umsetzung der Planungsziele wird parallel ein Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich III/31 (ehemals III/30) eingeleitet.

Zu der Erörterungsveranstaltung laden das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie der Bezirksausschuss Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln ein. Anwesend sind Vertreter*innen der Stadtverwaltung sowie weitere Fachleute und Expert*innen. Die Veranstaltung bietet allen Besucher*innen die Gelegenheit, sich umfassend über die Planung zu informieren, Fragen zu stellen und eigene Anregungen einzubringen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Die Pläne und Unterlagen sind bis Dienstag, 17. Februar, auf der digitalen Beteiligungsplattform „Bauleitplanung Online München“ unter bauleitplanung.muenchen.de veröffentlicht. Nach Auswahl des betreffenden Planverfahrens können die Unterlagen im Bereich „Planungsdokumente“ eingesehen werden. Über den Button „Reden Sie mit“ ist es unkompliziert möglich, eine Äußerung abzugeben. Zusätzlich liegen die Unterlagen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, in der Bezirksinspektion Süd sowie in der Stadtbibliothek Fürstenried aus.

Die Äußerungen und Fragen, die während der Erörterungsveranstaltung und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingehen, werden geprüft und fließen in das weitere Bauleitplanverfahren ein. Eine Entscheidung zu den Äußerungen trifft der Stadtrat mit dem Billigungsbeschluss.

Weitere Informationen unter muenchen.de/forstenrieder-allee.

Unter muenchen.de/auslegung sind alle aktuellen Beteiligungen zu Planfeststellungs- und Bauleitplanverfahren aufgelistet.

Fritz-Schäffer-Straße in Neuperlach: Öffentlichkeitsbeteiligung

(22.1.2026) Ein Areal mit zwei Bürokomplexen an der Fritz-Schäffer-Straße in Neuperlach wird in den nächsten Jahren zum urbanen „Fritz District“ mit großer Nutzungsvielfalt umgestaltet. Für das Bebauungsplanverfahren Nr. 2202 können vom Freitag, 23. Januar, bis Dienstag, 24. Februar, die Planungsunterlagen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingesehen werden. Eine Erörterungsveranstaltung am Mittwoch, 11. Februar, um 19 Uhr informiert über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung.

Bis Ende 2020 war das knapp 3,4 Hektar große, zwischen dem Einkaufszentrum PEP und der Ständlerstraße liegende Planungsgebiet ein rein monofunktionales Büroareal. Mit einem innovativen Konzept soll es zu einem gemischt genutzten Quartier weiterentwickelt werden. Hierfür werden die Bestandsbauten einbezogen und umgewandelt. Das westliche, knapp 30 Jahre alte Gebäude ist bereits saniert und umgebaut und beinhaltet neben Büroflächen auch eine Kindertagesstätte. Der östliche, 1984 errichtete Komplex soll zu einem großen Teil ebenfalls erhalten werden. Durch Teilabriss, Umbauten, Aufstockungen und Ergänzungen entsteht eine neue städtebauliche Struktur mit vielfältigen Nutzungen, die auch der Nachbarschaft zugutekommen sollen. Neben zirka 325 Wohneinheiten für unterschiedliche Einkommensgruppen sind Flächen für Büros, Einzelhandel, Gewerbe, Gastronomie und Kultur sowie eine Kita vorgesehen. Das Konzept, das auf einem städtebaulichen und freiraumplanerischen Wettbewerb basiert und in einem Workshop-Verfahren weiterentwickelt wurde, bildet die Grundlage für die nun beginnende frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne des Baugesetzbuchs. Die Pläne und Unterlagen sind im oben genannten Zeitraum auf der digitalen Beteiligungsplattform „Bauleitplanung Online München“ unter bauleitplanung.muenchen.de veröffentlicht. Nach Auswahl des betreffenden Planverfahrens können die Unterlagen im Bereich „Planungsdokumente“ eingesehen werden. Über den Button „Reden Sie mit“ ist es unkompliziert möglich, eine Äußerung abzugeben.

Zusätzlich liegen die Unterlagen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, in der Bezirksinspektion Ost sowie in der Stadtbibliothek Neuperlach

aus. Weitere Informationen zu den Äußerungsmöglichkeiten und Öffnungszeiten sowie zum Projekt unter muenchen.de/fritz-schaeffer.

Bei einer öffentlichen Erörterungsveranstaltung am Mittwoch, 11. Februar, haben Interessierte die Möglichkeit, sich umfassend über die Planung zu informieren und sich dazu zu äußern. Sie findet von 19 bis 21 Uhr im Pfarrsaal St. Stephan in der Lüdersstraße 12 in Neuperlach statt. Die Äußerungen, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingehen, werden geprüft und fließen in das weitere Bauleitplanverfahren ein. Eine Entscheidung zu den Äußerungen trifft der Stadtrat mit dem Billigungsbeschluss.

Unter muenchen.de/auslegung sind alle aktuellen Beteiligungen zu Planfeststellungs- und Bauleitplanverfahren aufgelistet.

Online-Infoabend „Schimmel vermeiden und beseitigen“

(22.1.2026) Das Bauzentrum München lädt am Dienstag, 27. Januar, um 18 Uhr ein zum Online-Infoabend „Schimmel vermeiden und beseitigen: Wie heize und lüfte ich richtig?“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich unter <https://t1p.de/nve67>.

Mit richtigem Heizen und Lüften können Energie eingespart, die Heizkosten gesenkt und gleichzeitig Schimmel in der Wohnung vermieden werden. Aber was genau bedeutet richtiges Lüften? Wie wird ein Hygrometer richtig abgelesen? Der Energieberater Alexander Waltner von der Verbraucherzentrale Bayern gibt in seinem Vortrag wertvolle Tipps zur Schimmelvermeidung, zur Ursachenermittlung bei vorhandenem Schimmel und zur Schimmelbeseitigung. Der Vortrag richtet sich an interessierte Eigentümer*innen und Mieter*innen. Vorkenntnisse sind nicht nötig.

Das Bauzentrum München in der Messestadt Riem ist das Informations- und Beratungszentrum der Stadt zu den Themen nachhaltiges Wohnen, Sanieren und Bauen. Weitere Informationen unter muenchen.de/bauzentrum und veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum.

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

(22.1.2026) Das NS-Dokumentationszentrum München lädt am Dienstag, 27. Januar, zu zwei Veranstaltungen ein:

- Um 17.30 Uhr findet im NS-Dokumentationszentrum, Max-Mannheimer-Platz 1, ein Rundgang mit Kurator Chris Reitz durch die Ausstellung „... damit das Geräusch des Krieges nachlässt, sein Gedröhn“ statt. Die Ausstellung versammelt zeitgenössische Kunstwerke, die sich mit den Nachwirkungen von Kriegen innerhalb und außerhalb Europas seit 1945 beschäftigen. Chris Reitz stellt ausgewählte Werke vor. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.



- Um 19 Uhr startet im Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, das Gespräch „Seid Menschen!“ – ein Abend in Erinnerung an Margot Friedländer. Geboren am 5. November 1921, überlebte sie als Einzige ihrer Familie den Holocaust. Mit ihrem Ehemann emigrierte sie kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs nach New York. Eine Reise in ihre Geburtsstadt Berlin im Jahr 2003 wurde zum erneuten Wendepunkt: Margot Friedländer kehrte nach Deutschland zurück und wurde zu einer der wichtigsten Stimmen für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit. Am 9. Mai 2025 starb Margot Friedländer in Berlin.

Tickets sind erhältlich unter literaturhaus-muenchen.reservix.de.

Weitere Informationen unter nsdoku.de/programm. Informationen zur Barrierefreiheit unter www.nsdoku.de/barrierefreiheit.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 22. Januar 2026

Der Vermüllung in Freiam entgegenwirken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Heike Kainz und Winfried Kaum (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 26.3.2025

Rücknahme der Verkaufsverbote für Kioske im Univiertel – gemeinsame Lösungen mit MoNa und AKIM entwickeln

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 19.8.2025

Zielbild „MüK 20++“ vervollständigen und Finanz- und Wirtschaftsdaten nachlegen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Veronika Mirlach und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 23.10.2025

Der Vermüllung in Freiham entgegenwirken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Heike Kainz und Winfried Kaum (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 26.3.2025

Antwort Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer:

in Ihrem Antrag vom 26.3.2025 zum Thema „Der Vermüllung in Freiham entgegenwirken“ fordern Sie den Oberbürgermeister auf, wirksame Maßnahmen gegen die Vermüllung im neu entstehenden Stadtteil Freiham zu ergreifen.

Dazu nennen Sie vier konkrete Maßnahmen, die geprüft und umgesetzt werden sollen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns, Ihren Antrag mit Schreiben zu beantworten.

Die in Ihrem Antrag vom 26.3.2025 genannten Maßnahmen hat das Baureferat bzw. die jeweils zuständige Dienststelle geprüft, mit folgendem Ergebnis:

Maßnahme 1:

Errichtung von mehr öffentlichen und krähensicheren Abfalleimern im Grünzug zwischen Neuaubing und Freiham sowie den Grünanlagen in Freiham

Maßnahme 2:

Errichtung von öffentlichen und krähensicheren Abfalleimern in den Quartierstraßen und um die aufgestellten Sitzbänke und die Kinderspielplätze herum sowie auf dem Sport- und Bildungscampus Freiham

Antwort:

Hierzu teilt das Baureferat Folgendes mit:

Im gesamten Standgebiet Freiham werden ausschließlich großvolumige Abfallbehälter mit 100l Fassungsvermögen und verengter Einwurföffnung verwendet. Damit setzt das Baureferat den Beschluss des Stadtrates vom 30.1.2018 „Krähensichere Mülleimer“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 04191) um, wonach bei Neubaumaßnahmen und Ersatzbeschaffungen grundsätzlich dieses krähensichere Modell zu verwenden ist.

Die Anzahl der Abfallbehälter wurde im Zuge der jeweiligen Objektplanungen für Grünanlagen und Straßen festgelegt und mit den zuständigen Bezirksausschüssen abgestimmt. Bei der Festlegung der Standorte und der

Anzahl wird immer die Nutzungsintensität und das zu erwartende Müllaufkommen berücksichtigt. Dementsprechend stehen in Neuaubing/Freiham (südlich der S-Bahn-Trasse und westlich der Limesstraße) rd. 160 Abfallbehälter in Grünanlagen, Straßen und auf öffentlichen Plätzen zur Verfügung. Die Reinigung der Flächen und die Leerung der Abfallbehälter erfolgt bedarfsgerecht mehrmals wöchentlich. Im Bildungscampus Freiham wurden 2021 auf den öffentlichen Grünflächen 7 großvolumige Abfallbehälter (100 l) angebracht. Auf den Schulhöfen des Bildungscampus und im Sportpark wurden in Abstimmung mit dem zuständigen Referat für Bildung und Sport 9 Abfallbehälter aufgestellt.

Aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Ressourcen und der notwendigen Beiträge aller Referate zur Haushaltskonsolidierung können seitens des Baureferates über das derzeitige Maß hinaus leider keine zusätzlichen Maßnahmen in Aussicht gestellt werden.

Maßnahme 3:

Umgehende Aufstellung von Wertstoffcontainern an mehreren Standorten in Freiham

Antwort:

Der zuständige Abfallwirtschaftsbetrieb München AWM teilt dazu Folgendes mit: „Im Neubaugebiet Freiham konnte Ende Oktober 2024 die erste Unterflurcontaineranlage für Wertstoffe (Glas- und Leichtverpackungen) in der Otto-Meitinger-Straße eingerichtet werden.

Am 13.3.2025 wurden im Zuge des Neubaus in der Annemarie-Renger-Straße weitere Unterflurcontainerbehälter für Wertstoffe eingebaut. Es folgten bereits zwei Anlagen in der Roman-Herzog-Straße sowie Albert-Camus-Straße. Da die Straßen erst mit dem Endausbau zur Nutzung freigegeben werden, konnten die Unterflurcontaineranlagen in der Annemarie-Renger-Straße sowie Roman-Herzog-Straße am 24.11.2025 durch Remondis in Betrieb genommen werden. Die Wertstoffsammelstelle in der Albert-Camus-Straße kann seit 8.12.2025 angefahren werden.“

Maßnahme 4:

Hinweise an die ausführenden Baufirmen und Handwerksbetriebe zur Lagerung von Materialien und Vorbeugung der Vermüllung im Umfeld durch herumfliegende Verpackungsmaterialien etc.

Antwort:

Dazu teilt das zuständige Referat für Stadtplanung und Bauordnung Folgendes mit:

„Als untere Bauaufsichtsbehörde ist das Referat für Stadtplanung und Bauordnung verantwortlich für die öffentliche Sicherheit auf und um Baustellen. Bei konkreten Hinweisen, dass Verpackungsmaterial oder Dämmstoffe von einer bestimmten Baustelle die Umgebung verunreinigen, werden wir umgehend den/die zuständig*en Bauherr*in kontaktieren und gegebenenfalls notwendige verwaltungsrechtliche Schritte einleiten.“

Aufgrund der Vielzahl an parallellaufenden Baustellen in Freiam ist es uns leider nicht möglich, alle Baufirmen ohne konkrete Anlässe anzusprechen. Dennoch werden wir uns bemühen, bei direkter Korrespondenz mit den Bauherr*innen auf die Problematik der Verunreinigung der Umgebung hinzuweisen und geeignete Maßnahmen zur Behebung der Situation zu erwirken.“

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) haben dieses Antwortschreiben mitgezeichnet.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass der Antrag damit abschließend behandelt ist.

Rücknahme der Verkaufsverbote für Kioske im Univiertel – gemeinsame Lösungen mit MoNa und AKIM entwickeln

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 19.8.2025

Antwort Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller:

Vielen Dank für Ihren Antrag vom 19.8.2025.

Sie beantragen, dass die gegen einzelne Kioske im Univiertel verhängten Verkaufsverbote zurückgenommen werden. Das Kreisverwaltungsreferat soll stattdessen beauftragt werden, zusammen mit der Fachstelle Moderation der Nacht München (MoNa) und Allparteiliches Konfliktmanagement in München (AKIM) ein gemeinsames Verfahren mit Kioskbetreibenden, Anwohner*innen und dem Bezirksausschuss zu starten, um Lösungen für ein vertragliches nächtliches Feiern zu entwickeln.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Zu Ihrem Antrag teile ich Ihnen Folgendes mit:

Das Kreisverwaltungsreferat hat sich der Situation im Univiertel bereits frühzeitig angenommen. Nachdem in den ersten warmen Wochen im Jahr 2025 bereits Lärmbeschwerden bei der Bezirksinspektion Mitte eingegangen waren, wurde frühzeitig das Gespräch mit den betroffenen Gastronom*innen, den Betreiber*innen der Kioske, dem Bezirksausschuss und den Beschwerdeführer*innen gesucht.

Auch Abstimmungen mit den Fachstellen MoNa (Moderation der Nacht) und AKIM (Allparteiliches Konfliktmanagement in München) des Sozialreferats fanden regelmäßig statt.

Im Rahmen von Außendienstkontrollen wurden die Beobachtungen auch dokumentiert.

Nachdem sich die Lage bis August trotz vielfacher Kommunikation nicht besserte, schränkte das KVR den Alkohol-To-Go Verkauf und Bierverkauf ab 22 Uhr für insgesamt 6 Betriebe im Univiertel ein. Danach entspannte sich die Lage zunächst deutlich. Nach ca. 2 Wochen setzte der 2. Bürger-

meister die Maßnahmen jedoch wieder außer Vollzug, damit die Stadtverwaltung insbesondere das Sozialreferat (MoNa und AKIM) und das Kreisverwaltungsreferat zusammen mit den Betreiber*innen geeignete Maßnahmen erarbeiten, die die Situation auch ohne Verbote beruhigen und die unterschiedlichen Interessen in Einklang bringen. Seitdem gab es zwei Runde Tische gemeinsam mit den Betreiber*innen organisiert durch AKIM und MoNa sowie einen Runden Tisch organisiert durch den Bezirksausschuss, an dem auch Vertreter*innen der Anwohnenden teilnahmen. Dabei konnten erste Ergebnisse erzielt werden, die nun noch finalisiert und mit Start in die neue Saison umgesetzt werden müssen.

Natürlich wird das KVR die Situation auch mit den ersten warmen Monaten in 2026 beobachten und prüfen, ob strengere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Nachdem einige Betriebe gegen die außer Vollzug gesetzten Maßnahmen Eilrechtsschutz beim Verwaltungsgericht begehrt haben, hat das Verwaltungsgericht gebeten, die Verbote auch weiterhin nicht zu vollziehen.

Zusammenfassend gilt Folgendes: Sowohl das Sozialreferat als auch das Kreisverwaltungsreferat arbeitet auf eine verträgliche Situation für alle Beteiligten hin. Gleichzeitig werden aber auch weiterhin die Rechte und Pflichten der Feiernden, der Betriebe und der Anwohnenden im Auge behalten.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist

Zielbild „MüK 20++“ vervollständigen und Finanz- und Wirtschaftsdaten nachlegen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Veronika Mirlach und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 23.10.2025

Antwort Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek:

Sie beantragen, „Das Gesundheitsreferat (GSR) der Landeshauptstadt München (LHM) wird in Zusammenarbeit mit der München Klinik gGmbH (MüK) aufgefordert, das Zielbild ‚MüK 20++‘ (Nr. 20-26/V 13436) zu vervollständigen und endlich die mit dem damaligen Beschluss einhergehenden (positiven wie negativen) Auswirkungen auf die Personal-, Finanz- und Wirtschaftsdaten der MüK umfassend darzustellen. Das soll in einem detaillierten Bericht an den Stadtrat geschehen.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir, Ihren Antrag vom 23.10.2025 als Brief zu beantworten und teile Ihnen unter Berücksichtigung der Stellungnahme der München Klinik gGmbH (MüK) Folgendes mit:

Das im Juli 2024 beschlossene Zielbild „MüK20++“ bildet die übergeordnete strategische Ausrichtung der München Klinik. Das Zielbild ist langfristig teilweise noch mit nicht abschließend festgelegten Umsetzungsstichtagen und mit Verweisen auf laufende veränderliche Gesetzgebungseinflüsse versehen.

Die München Klinik erstellt für jedes Geschäftsjahr einen detaillierten wirtschaftlichen Unternehmensplan, ergänzt um einen fünfjährigen Finanzplan. Dieser wird entsprechend den Gremien der Gesellschaft vorgestellt und vom Aufsichtsrat der München Klinik beraten und mit einer Empfehlung an die Gesellschafterversammlung beschlossen. Im Unternehmensplan werden alle wesentlichen Entwicklungen der Erlösseite (insbesondere stationäre Krankenhauserlöse, aber auch ambulante Leistungen und Förderthemen) sowie der Kostenseite (insbesondere Personalkosten, Sachbedarfskosten inkl. Instandhaltung, Investitionsplanung) detailliert aufbereitet.

Grundlage der Unternehmensplanung sind bereits beschlossene Maßnahmen wie Großbauten, Abteilungsumzüge, Digitalisierungsprojekte; wie auch antizipierte Entwicklungen zu Landesbasisfallwert, Tarifabschlüssen, Inflationseffekten oder auch Energiekostenentwicklungen. Des Weiteren wird im Rahmen der Unternehmensplanung die Entwicklung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) beziehungsweise des

noch im parlamentarischen Prozess befindlichen Krankenhausanpassungsgesetzes (KHAG) mit den sich daraus ergebenden Strukturanforderungen insoweit berücksichtigt, als diese Effekte bekannt sind und berücksichtigt werden können. Der Unternehmensplan ist jeweils auch Grundlage für die jährlichen Entgeltverhandlungen mit den Krankenkassen.

Insofern bildet der Unternehmensplan mit fünfjähriger Finanzplanung immer eine „Momentaufnahme“ auf dem Pfad der mehrjährigen Operationalisierung des strategischen Zielbildes „MüK20++“.

Sämtliche Entscheidungen zu strategischen Ausrichtungen unterliegen nicht nur dem Zielbild „MüK20++“, sondern auch allen weiteren Variablen wie Gesundheitsgesetzgebung, Tarifabschlüssen, Baufortschritten, Kostenentwicklungen und Veränderungen im Wettbewerb.

Sowohl sind in „MüK20++“ Festlegungen und Entwicklungen enthalten, die auch ohne „MüK20++“ bereits entschieden waren, z.B. die Neubauten in Schwabing, Bogenhausen und Harlaching. Außerdem wurden auch außerhalb „MüK20++“ seit 2024 laufend operative Entscheidungen in Reaktion auf laufende Veränderungen und in Vorschau der Effekte des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) getroffen. Eine Berechnung des prospektiven wirtschaftlichen Unternehmensverlaufes „mit vs. ohne MüK20++“ ist somit nicht valide möglich.

Die München Klinik ist durch das Zielbild „MüK20++“ geleitet, muss aber auch darüber hinaus einen Weg beschreiten, im Spannungsfeld aller gesetzlichen wie auch weiterer sich laufend verändernder Rahmenbedingungen eine strukturell tragfähige Unternehmensstruktur zu erhalten und das laufende operative wirtschaftliche Defizit sukzessive zu verringern. Zur Umsetzung des Zielbilds MüK 20++ wurde von der München Klinik in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsreferat ein Umsetzungscontrolling erarbeitet, das jährlich im Rahmen des Steuerungsberichts der München Klinik im Juli dem Stadtrat bekanntgegeben wird.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 22. Januar 2026

Sicherung der kinderärztlichen Versorgung in unterversorgten Bezirken durch optimierte Standortsteuerung und Weiterentwicklung des Praxis-Förderprogramms der Landeshauptstadt München

Antrag Stadtrats-Mitglieder Lyn Faltin, Judith Greif, Sofie Langmeier, Mo Lüttig, Thomas Niederbühl, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser, David Süß und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste – Volt)

Entspanntes Fahren mit der MVG 1: Fahrgastfernsehen mit FSK 0

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 2: Ruhige Wagen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 3: Lautlose Handynutzung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 4: Busfahrer:innen schulen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 5: Bessere Stoßdämpfer für Busse

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 6: Fahrzeuge ohne grelle Innenbeleuchtung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 7: Haltestangen für Alle in der U-Bahn

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 8: Handschuhgerechte Türtaster

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 9: Taschen auf den Schoß

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Entspanntes Fahren mit der MVG 10: Platzsparend sitzen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Fürstenried West 1: Gesundheitsgefährdung durch Asbest im Quartier (B-Plan 2109) – vollständige Aufklärung und behördliche Kontrolle sicherstellen

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Fürstenried West 2: Verdacht auf Verstöße gegen die Mietpreisbremse im Quartier – Prüfung und Durchsetzung sicherstellen

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Fürstenried West 3: Kündigung von Tiefgaragenstell- und Außenstellplätzen im Quartier – Rechtmäßigkeit, soziale Folgen und Ersatzlösungen prüfen

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Fürstenried West 4: Baustellenstillstand, Baumängel und Sicherheitsrisiken im Quartier – Prüfung und Bericht

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Fürstenried West 5: Unklare Zuständigkeiten und fehlende Ansprechpartner im Quartier – Transparenz und Erreichbarkeit sicherstellen

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Fürstenried West 6: Besondere Verantwortung staatsnaher Institutionen als Vermieter – Konsequenzen aus dem Fall Quartier Fürstenried West

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Fürstenried West 7: Schutz langjähriger Mieter*innen im Quartier – soziale Verdrängung verhindern

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

22.01.2026

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Sicherung der kinderärztlichen Versorgung in unterversorgten Bezirken durch optimierte Standortsteuerung und Weiterentwicklung des Praxis-Förderprogramms der Landeshauptstadt München

Antrag

Das Gesundheitsreferat wird beauftragt, das bestehende Münchner Förderprogramm Arztpraxen insbesondere mit Blick auf Facharztpraxen wie die kinder- und jugendärztlichen Praxen weiterzuentwickeln. Dabei sollen insbesondere:

- a. Neugründung, Übernahme, Verlagerung und Erweiterung von kinder- und jugendärztlichen Praxen erleichtert werden.
- b. unterversorgte und stark wachsende Stadtteile prioritär berücksichtigt werden, insbesondere Trudering/Riem, Allach/Untermenzing, Feldmoching/Hasenberggl, Milbertshofen/Am Hart, Aubing/Lochhausen/Langwied und Ramersdorf/Perlach.
- c. die Ansiedlung von Zweig- und Filialpraxen in diesen Stadtbezirken gezielt unterstützt werden.
- d. Kooperationsmöglichkeiten mit der München Klinik und weiteren Trägern für gemeinschaftliche Versorgungsmodelle (z. B. telemedizinische Verbindungen zwischen Praxen und Kliniken oder Tandem-Modelle) geprüft werden.
- e. die Beteiligung der München Klinik an Nachbesetzungsverfahren für freiwerdende Kassensitze (z. B. im Rahmen von MVZ-Strukturen) in Betracht gezogen werden. Dies würde die Voraussetzung dafür schaffen, bestehende Versorgungsanteile zu sichern und potenziell gleichmäßiger in unterversorgte Stadtbezirke zu verlagern.

Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat über die vorgeschlagenen Anpassungen und das weitere Vorgehen.

Begründung:

In mehreren Münchner Stadtbezirken – insbesondere Trudering/Riem, Allach/Untermenzing, Feldmoching/Hasenberggl, Milbertshofen/Am Hart, Aubing/Lochhausen/Langwied und Ramersdorf/Perlach – ist die kinderärztliche

Versorgung bereits heute stark angespannt¹.

Trotz der spürbaren Engpässe vor Ort gilt die Stadt München in der offiziellen Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) als rechnerisch überversorgt². Dies hat zur Folge, dass für München derzeit keine zusätzlichen neuen Kassensitze genehmigt werden³. Eine Verbesserung der Versorgungssituation kann daher nur durch eine kluge Steuerung und die Mobilisierung bestehender Ressourcen erreicht werden.

Hierfür müssen alternative Versorgungsmodelle wie Tandempraxen, Telemedizin und die Stärkung von Filialstrukturen intensiv geprüft und gefördert werden. Das bestehende Münchner Förderprogramm Arztpraxen bietet hierfür die geeignete Grundlage.

Da private Praxisnachfolgen in Gebieten mit hohen Mieten oder schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oft ausbleiben, sollte die München Klinik verstärkt als potenzielle Nachfolgerin für freiwerdende Sitze in Betracht gezogen werden. Nur durch eine aktive städtische Beteiligung am Nachbesetzungsverfahren können Arztsitze in unterversorgte Viertel gelenkt werden.

Eine zielgerichtete Weiterentwicklung mit Schwerpunkt auf der Kinder- und Jugendmedizin ist unumgänglich, um Familien in allen Stadtteilen eine verlässliche und wohnortnahe Versorgung zu garantieren.

Fraktion Die Grünen/Rosa/Volt

Initiative:

Angelika Pilz-Strasser

Clara Nitsche

David Süß

Judith Greif

Sofie Langmeier

Thomas Niederbühl

Sebastian Weisenburger

Mo Lüttig

Lyn Faltin

Mitglieder des Stadtrates

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-hausarzt-kinderarzt-verteilung-stadtviertel-1.5512486>

² <https://www.kvb.de/fileadmin/kvb/Ueber-uns/Versorgungssituation/Versorgungsatlas/KVB-Versorgungsatlas-Kinder-und-Jugendaerzte.pdf>

³ https://www.youtube.com/live/T_I4Wcv7LW0?si=wIC3F8abr_xxLxbs

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:

Entspanntes Fahren mit der MVG 1: Fahrgastfernsehen mit FSK 0

Das Fahrgastfernsehen in Münchner U-Bahnen, Trambahnen und Bussen bietet künftig nur noch Inhalte mit FSK 0 - das heißt Inhalte, die auch für Babys und Kleinkinder unbedenklich sind.¹ Keinesfalls werden weiterhin Bewegtbilder von Kriegseinsätzen oder sonstigen Gewaltdarstellungen gezeigt.

Begründung:

Die Fahrzeuge der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) werden von Groß und Klein genutzt. Seit 2013 kommen in den U-Bahnen, Trambahnen und Bussen Bildschirme zum Einsatz, auf denen nicht nur fahrtbezogene Informationen zu Umsteigemöglichkeiten und Ankunftszeiten dargestellt werden (linker Bildschirm), sondern auch Monitore mit sogenanntem Infotainment-Programm² (rechter Bildschirm). Nachrichten, Veranstaltungstipps und Werbung wechseln sich dort ab.

Immer wieder werden in den Nachrichten Videobeiträge von Kriegs- und Kampfeinsätzen, Meldungen über Tote (mit nur teilweise abgedeckten Körpern) und Terrorgefahr oder auch Filmwerbung mit Gewaltdarstellungen gezeigt. Die öffentlich ausgespielten Nachrichten sind nicht alle negativ. Jedoch überwiegend. Man kann sich diesen Inhalten nur schwer entziehen. Für Kinder, deren Gehirne besonders stark auf Bewegtbilder reagieren, ist es fast unmöglich, diese nicht anzuschauen. Der Hang zum Negativen in der Berichterstattung verzerrt den Blick auf die Welt und kann zu Angstzuständen führen³. Kinder lernen von den Medien, die sie aufnehmen. Ihre Überzeugungen und Wertesysteme werden dadurch geprägt. Insbesondere dann, wenn Inhalte und Botschaften (noch) nicht selbst eingeordnet, besprochen und bewertet werden können. Die Ausstrahlung von Bildern mit Gewaltvisualisierungen ist insbesondere gegenüber Kindern und Kleinkindern, die mit der MVG unterwegs sind, unverantwortlich und muss daher umgehend unterlassen werden.

¹ FSK = Freiwillige Selbstkontrolle in der Filmwirtschaft

² <https://www.mvg.de/ueber-die-mvg/unsere-fahrzeuge/fahrgastfernsehen.html>

³ <https://uebermedien.de/97113/nicht-mal-in-der-u-bahn-eine-nachrichtenpause>

Nicht ungewollt Kriegs-Inhalten oder Gewaltdarstellungen ausgesetzt zu werden, hilft auch weiteren Menschen, wie vor Krieg geflohenen oder traumatisierten Menschen. Man sollte es selbst in der Hand haben, ob und wann man Schreckensmeldungen aus der ganzen Welt konsumiert oder zur Eigeninformation wirklich benötigt.

Die Freiwillige Selbstkontrolle in der Filmwirtschaft GmbH (FSK) ermittelt die Freigabe für Filme mit Alterskennzeichen. Die FSK versucht zu verhindern, dass Kinder mit Filmen konfrontiert werden, die ihnen sozial oder psychisch schaden können, die sie über die Maßen ängstigen oder die negativ auf ihr Verhalten einwirken.

Fahrgastfernsehen mit FSK 0 - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Nicola Holtmann, Stadträtin
Dirk Höpner, Stadtrat



München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:

Entspanntes Fahren mit der MVG 2: Ruhige Wagen

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) testet in U-Bahnen Bereiche, die als „Ruhige Wagen“ ausgewiesen werden. Dort ist das Infotainment des Fahrgastfernsehens abgeschaltet. Piktogramme und farbliche Markierungen weisen auf den Ruhebereich hin, analog zu den Ruhebereichen der Deutschen Bahn AG.

Begründung:

Nach den Zahlen des Reuters Digital News Report 2024 fühlen sich in Deutschland 41 Prozent der Menschen erschöpft von der Menge der Nachrichten.¹ In den Münchner U-Bahnen kann man sich Nachrichten und Bewegtbildern kaum entziehen, da seit 2013 immer mehr U-Bahnen mit Bildschirmen ausgestattet werden. Ungefragt wird man mit Schreckensnachrichten aus aller Welt versorgt. Dies kann zu Unruhe, Nervosität und Reizüberflutung führen. Optische und akustische Reize in Teilbereichen der U-Bahn zu reduzieren, kann besonders reizsensiblen Menschen die Teilhabe erleichtern und zu mehr Inklusion im öffentlichen Raum beitragen.² Dieser Antrag wird vom Bundesverband für Menschen mit Autismus befürwortet.

Im Einzelhandel wird das ähnliche Konzept der „Stillen Stunde“ bereits erfolgreich umgesetzt und trägt zu entspannten Fahrten für alle Fahrgäste bei.³

„Ruhige Wagen“ - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

¹ https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/94461/ssoar-2024-behre_et_al-Reuters_Institute_Digital_News_Report.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2024-behre_et_al-Reuters_Institute_Digital_News_Report.pdf

² <https://www.autismus-bremen.de/barrierefreier-oepnv-fuer-menschen-mit-autismus/>

³ <https://hundertprozent.bghw.de/stille-stunde-im-einzelhandel/>

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:
Entspanntes Fahren mit der MVG 3: Lautlose Handynutzung

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) wiederholt ihre Durchsagen, dass Handys im ÖPNV lautlos genutzt werden müssen und führt zusätzlich entsprechende Piktogramme in den Fahrzeugen ein.

Begründung:

Im ÖPNV ist es oft laut. Nicht wegen Gesprächen oder Betriebsgeräuschen. Sondern weil Videos laut geschaut werden und auch Telefonate nicht mit Kopfhörern stattfinden. Für die einen ist das vollkommen normal. Für die anderen entwickeln sich Fahrten im öffentlichen Nahverkehr zur akustischen Qual. Die MVG hat das Problem bereits erkannt und entsprechende Durchsagen geschaltet. Diese hatten jedoch nur kurzfristig Wirkung. Daher ist die Kampagne zu wiederholen und mit dauerhaft in den Fahrzeugen angebrachten Piktogrammen zu unterstützen. Damit ÖPNV-Fahrten wieder entspannter werden.

Lautlose Handynutzung - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin



Ökologisch-
Demokratische
Partei



München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:

Entspanntes Fahren mit der MVG 4: Busfahrer:innen schulen

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) schult ihr Personal im Buswesen regelmäßig hinsichtlich fahrgastfreundlichem Fahrverhalten. Dabei wird insbesondere geübt, wie fahrgastfreundlich gebremst und angefahren wird.

Begründung:

Busfahrten können in München sehr unangenehm sein, wenn das Fahrpersonal sehr abrupt anfährt oder bremst. Dieses Fahrverhalten kann auch bei erfahrenen Busfahrer:innen auftreten und sollte daher regelmäßig in den Fokus gerückt werden. Sonst kann es insbesondere in vollen Bussen leicht zu Stürzen führen.

Fahrgastfreundliches Fahrverhalten - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin



München-Liste

The logo for the München-Liste (ML) is a stylized 'm' and 'l' in blue and green. The text 'München-Liste' is in a bold, dark blue sans-serif font.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:

Entspanntes Fahren mit der MVG 5: Bessere Stoßdämpfer für Busse

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) achtet bei Ihren Ausschreibungen darauf, dass künftig nur noch Busse mit verbesserter Federung und Stoßdämpfung erworben bzw. beauftragt werden.

Begründung:

Busfahrten können gerade für alters- oder krankheitsbedingt sensible Menschen, z.B. Menschen mit Wirbelsäulenschäden, sehr unangenehm sein, wenn sich Unebenheiten im Straßenbelag auf den Fahrgastraum übertragen. Wir erhielten Hinweise, dass Menschen wegen dieses mangelnden Fahrkomforts keine Fahrten mehr mit MVG-Bussen bzw. den Bussen der von der MVG beauftragten Subunternehmen durchführen, sondern stattdessen auf Taxi oder Privat-Pkw umsteigen. Dies ist weder im Sinne der Reduzierung von Pkw-Fahrten noch im Sinne der Inklusion und führt zudem zu Mobilitätseinschränkungen bei armen Menschen, die sich kein Taxi und keinen privaten Pkw leisten können.

Dass sich bei Reisebussen und Pkw die gleichen Schlaglöcher und Unebenheiten des Straßenbelags im Fahrgastraum nicht oder nur wenig bemerkbar machen, zeigt, dass technisch die Übertragung von Ruckeln und Stößen in den Fahrgastraum weitgehend vermeidbar ist. Offenbar mangelt es bei den von der MVG beauftragten Bussen an einer Federung und Stoßdämpfung, wie sie z.B. in Reisebussen standardmäßig vorhanden ist.

Bessere Stoßdämpfer für Busse - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:

Entspanntes Fahren mit der MVG 6: Fahrzeuge ohne grelle Innenbeleuchtung

Die MVG kehrt in den Fahrzeugen zu der jahrzehntelang bewährten Beleuchtung mit warmweißen Leuchtmitteln (ca. 2.700 – 3.000 Kelvin) zurück.

Begründung:

Bis vor einigen Jahren wurden der Fahrzeuginnenraum standardmäßig mit warmweißen Leuchtmitteln (ca. 2.700 – 3.000 Kelvin) erhellt.

In den U-Bahnen der neuesten Fahrzeuggeneration C2 wurden dann jedoch kaltweiße und neutralweiße Leuchtmittel (> 4.000 Kelvin) verbaut, was ihnen laut Kommentaren im Internet den „Charme eines Operationssaales“¹ verleiht, also eines Ortes, wo man sich nur notgedrungen aufhält. Überall im Internet kann man lesen, dass warmweißes Licht eine gemütliche, entspannende Atmosphäre schafft, neutral- oder kaltweißes Licht dagegen zur Ausleuchtung von Arbeitsflächen dient.²

In den letzten beiden Jahren werden nun bei Erneuerung defekter Leuchtmittel in den A, B, und C1-Wagen der U-Bahn zunehmend ebenfalls kalt- und neutralweiße Leuchtmittel verbaut. Es handelt sich hierbei wohl um Gedankenlosigkeit, denn im Gegensatz zum Operationssaal muss man in der U-Bahn keine handwerkliche

¹ z.B.: „Ich sitze in einem C2 auf der U2. Mein Liebling wird es nicht. Zu viel OP Atmosphäre. ... Das grell-kalt-weiße Licht ist wirklich brutal unangenehm und so sicher nicht "nötig" oder "vorgeschrieben". Ich fahre ungern C2. ... und die Baustrahler-Lichtstimmung... Schade drum.“

Kommentar vom 28.10.2020 auf: <https://www.eisenbahnforum.de/viewtopic.php?t=17458&start=60>

² z.B.: „Warmweißes Licht entfaltet eine gewisse psychologische Wirkung, weil die Farbe als einladend und behaglich wahrgenommen wird. Es lädt zum Entspannen ein und erinnert an den milden Schein von Kerzenlicht. In Räumen mit einer solch gemütlichen Atmosphäre fällt es leicht, den Alltagsstress abzustreifen und sich zu erholen. ... Neutralweiß hat eine Farbtemperatur mit einem Kelvinwert zwischen 3300 und 5300 Kelvin und wirkt sachlich und erfrischend. Die Lichtfarbe ist für den Hobbykeller, die Küche oder das Büro eine sinnvolle Wahl. Sie eignet sich gut für die Ausleuchtung von Arbeitsbereichen.“

Quelle: <https://www.haus.de/energie-haustechnik/warmweiss-38705>

Seite 2 des Antrags: Entspanntes Fahren mit der MVG 6: Fahrzeuge ohne grelle Innenbeleuchtung

Präzisionsarbeit verrichten. Zudem schauen heutzutage die Hälfte der Fahrgäste während der Fahrt in ihre Smartphones, und dabei ist eine unnötig grelle Umfeldbeleuchtung wirklich eher hinderlich als nützlich.

Man sollte sich in den Fahrzeugen auch entspannen und wohlfühlen können. In Bezug auf die Beleuchtung heißt das, genügend Helligkeit, um Stolperstellen zu erkennen und sich sicher zu fühlen, aber keine grelle Beleuchtung, die aufgrund falsch gewählter Lichtfarbe eine ungemütliche Atmosphäre wie in einem Operationssaal oder einer billigen Bahnhofsgaststätte erzeugt.

Daher bitten wir die MVG beim künftigen Leuchtmitteltausch wieder ausschließlich auf warmweiße Leuchtmittel zu setzen.

Warmweiße Innenbeleuchtung - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:
Entspanntes Fahren mit der MVG 7: Haltestangen für Alle in der U-Bahn

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) wird gebeten, bei künftigen Bestellungen von U-Bahn-Fahrzeugen in den Stehbereichen wieder vom Boden bis zur Decke reichende Haltestangen statt halblanger Haltebügel einbauen zu lassen.

Ferner wird darum gebeten, bei vorhandenen Fahrzeugen der Baureihen C die halblangen Haltebügel gegen etwa um einen Meter nach oben verlängerte Haltestangen zu tauschen.

Begründung:

In den U-Bahn-Wagen der Baureihen A und B gibt es in den Stehbereichen ein bis zwei Haltestangen, durchgängig vom Boden bis zur Decke.

In den U-Bahn-Wagen der Baureihen C wurden diese auf halblange Haltebügel reduziert. Bei vollen Wagen ist die Erreichbarkeit der halblange Haltebügel schwierig und man darf sich die Grifffläche bisweilen Hand auf Hand mit weiteren Fahrgästen teilen. Für große Menschen bieten außerdem die halblangen Haltebügel eine schlechtere Halteergonomie als durchgehende Stangen, bei denen man sich in Schulterhöhe festhalten kann.

Die ÖDP hatte bereits 2018 einen Antrag mit gleicher Zielrichtung gestellt.¹ In der Antwort der MVG aus dem gleichen Jahr wurde von der MVG zugesagt, verlängerte Haltebügel zumindest bei neuen Fahrzeugbestellungen in Betracht zu ziehen.² Geschehen ist seitdem nichts. Zahlreiche neue C-Wagen wurden wiederum mit den kurzen Haltebügeln geordert.

¹ StR-Antrag 14-20 / A 03919, „U-Bahn: Durchgehende Haltestangen statt halblanger Haltebügel in den C-Wagen“, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/4893775?dokument=v4897448>

² <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/4893775?dokument=v5109745>

Auch wurde von der MVG angeführt, dass ein Austausch in den Bestandswagen mit langem Werkstattaufenthalt und hohen Kosten verbunden sei. Viele Wagen standen zur Brandschutzertüchtigung jetzt monatelang in Werkstätten, dabei auch gleich die Haltestangen auszutauschen kam offenbar niemand in den Sinn. Zudem ist nicht nachvollziehbar, wieso hohe Kosten entstehen sollen, wenn man eine Haltestange rausschraubt und eine doppelt so lange Haltestange wieder reinschraubt.

Im Übrigen wurde noch geantwortet, dass die Verkürzung aus Design-Gründen, einer guten Sicht (Stichwort „Stangenwald“) wegen, erfolgt sei. Gute Funktionalität muss aber Vorrang vor der reinen Optik haben, wie schon der allgemein bekannte Design-Grundsatz „form follows function“³ besagt, - und nicht umgekehrt.

Die von der MVG angeführte Abstimmung der Innenraumgestaltung mit Behindertenvertretern der Landeshauptstadt München ist richtig und wichtig. Aber selbst Menschen ohne Behinderung wollen sich gut festhalten können. Wie wäre es, wenn man vor der nächsten Bestellung mal allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein Modell zum Ergonomie-Check zur Verfügung stellt? Schon in den 1960er Jahren gab es vorab so ein Waggon-Modell zum Ergonomie-Check⁴.

Regelmäßig tauchen auch im Internet Beschwerden über die unergonomischen Haltestangen auf. Hier mal ein Beispiel von zwei User-Kommentaren aus dem vergangenen Jahr: „Die modernen U-Bahnen haben nur *einen* U-Griff in der Mitte bei jedem Eingang, der nicht bis an die Decke geht. So können sich nur wenige Menschen ernsthaft festhalten. Die alten U-Bahnen haben bei den Eingängen zwei Stangen, die bis zur Decke gehen. Tausend Mal besser. Warum baut man so etwas? Bei der Trambahn das gleiche: Je neuer, desto unergonomischer. ... Ich komm zwar an die Deckendinger teilweise auch nicht ran, aber die U-Griffe an denen sich 20 Leute gleichzeitig festhalten sollen machen mich wahnsinnig.“⁵

*Foto (privat und zur Veröffentlichung freigegeben):
Ergonomische Haltestange mit ausreichend
Haltemöglichkeiten für richtig viele Menschen in einem
modernen U-Bahn-Waggon in Athen. Kommt man übrigens
selbst mit dem Rollstuhl gut dran vorbei ...*

Haltestangen für Alle - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin



³ https://de.wikipedia.org/wiki/Form_follows_function

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=5dahFHBt544>, Minute: 4:50 – 5:50

⁵ https://www.reddit.com/r/Munich/comments/1jky2xq/reminder_how_to_ubahn/

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:
Entspanntes Fahren mit der MVG 8: Handschuhgerechte Türtaster

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) wird gebeten, ihre Fahrzeuge mit handschuhgerechten Türtastern auszustatten.

Begründung:

Wer jetzt im Winter in der U-Bahn unterwegs ist, hat es sicher schon bemerkt. Bei einer Betätigung der Türtaster mit Handschuh passiert: Nichts.

Denkt man zunächst nervös an eigene Ungeschicklichkeit, so zeigt sich, dass andere Fahrgäste das gleiche Problem schildern: „Was mir beim C2 aktuell aufgrund der kalten Witterung wieder aufgefallen ist: die Türtaster reagieren offenbar nicht auf Druck, sondern auf den elektrischen Fingerstrom. Denn wenn man die Türtaster mit Handschuhen drückt, passiert absolut gar nichts. Jetzt mag ich zwar etwas altmodisch sein, aber sollte es nicht prinzipiell möglich sein, auch vollbepackt mit Einkaufstaschen und ggf. mit Kind an der Hand eine U-Bahn-Tür zu öffnen, ohne sich erst noch umständlich den Handschuh von der Hand ziehen zu müssen?“¹

Das Problem betrifft regelmäßig nicht nur die bedienende Person, sondern alle Fahrgäste, denn dadurch ziehen sich die Fahrgastwechselzeiten unnötig in die Länge und U-Bahn-Verspätungen können entstehen oder sich verlängern.

Handschuhgerechte Türtaster - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

¹ <https://www.eisenbahnforum.de/viewtopic.php?t=17458&start=270>



Ökologisch-
Demokratische
Partei



München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:

Entspanntes Fahren mit der MVG 9: Taschen auf den Schoß

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) entwickelt und zeigt im Fahrgastfernsehen einen Info-Clip, der darauf hinweist, dass Taschen und Rucksäcke keine Sitzplätze blockieren sollen.

Begründung:

Wenn Taschen oder Rucksäcke auf Sitzplätzen abgestellt werden, finden weniger Menschen einen Sitzplatz. Nicht jeder bittet gerne darum, dass ein so blockierter Sitzplatz frei geräumt wird. Und sollte dies auch nicht regelmäßig tun müssen. Auf diese kleine, selbstverständliche Art der Rücksichtnahme sollte die MVG mit einem ihrer bewährten Münchner-Kindl-Clips hinweisen.

Freie Sitzplätze - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag:
Entspanntes Fahren mit der MVG 10: Platzsparend sitzen

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) führt in ihren Fahrzeugen ein Piktogramm ein, das auf platzsparendes Sitzen hinweist.

Ergänzend sollte zum Thema auch ein Münchner-Kindl-Clip im Fahrgastfernsehen geschaltet werden.

Begründung:

Manspreading, also das breitbeinige Sitzen von Männern, ist noch immer weit verbreitet. Durch diese Praxis haben andere Fahrgäste weniger Platz.

In Madrid wird darum seit 2017 in Bussen mit Piktogrammen darauf hingewiesen, dass eine stark breitbeinige Sitzhaltung nicht erwünscht ist, neben Eis essen oder Rauchen. Ähnliche Kampagnen gab es bereits in New York oder Seattle¹. Respekt äußert sich auch dadurch, Mitmenschen genügend Platz zu lassen.

Platzsparend sitzen - So lässt es sich entspannter fahren mit der MVG.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

¹ <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/manspreading-untenum-breit-warum-maenner-breitbeinig-sitzen-a-1151934.html>

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 1:

**Gesundheitsgefährdung durch Asbest im Quartier (B-Plan 2109) –
vollständige Aufklärung und behördliche Kontrolle sicherstellen**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. unverzüglich zu prüfen, ob im Quartier Fürstenried West (insbesondere in den Bestandsgebäuden der Baujahre 1967–1970) eine Gefährdung der Mieter*innen durch asbesthaltige Baustoffe besteht;
2. unabhängige, bausubstanzbezogene Untersuchungen aller betroffenen Gebäude anzuordnen bzw. zu veranlassen, insbesondere vor angekündigten oder laufenden Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen (u. a. Fenster, Decken, Balkone, Leitungen);
3. sicherzustellen, dass alle Mieter*innen vollständig, verständlich und schriftlich über
 - o das mögliche bzw. bestätigte Vorkommen von Asbest,
 - o bestehende Gesundheitsrisiken,
 - o Verhaltenshinweise im Alltag (z. B. Bohren, Dübeln, bauliche Eingriffe) informiert werden;
4. zu prüfen, ob die bisherige Informationspraxis der Eigentümer- und Verwaltungsstrukturen den gesetzlichen Anforderungen des Gesundheits-, Arbeits- und Mieterschutzes entspricht;
5. bis zur Klärung der Sachlage zu prüfen, ob aufsichtsrechtliche Maßnahmen (einschließlich eines temporären Baustopps bei asbestrelevanten Eingriffen) erforderlich sind;
6. dem Stadtrat zeitnah Bericht zu erstatten.

Begründung:

Im Quartier Fürstenried West bestehen seit längerem erhebliche bauliche Mängel. Nach Angaben von Mieter*innen wurde das potenzielle Vorkommen von Asbest in den Gebäuden erst nach öffentlichem Druck eingeräumt. Viele Betroffene berichten, keine oder nur unzureichende Informationen erhalten zu haben.

Bereits 2001/2002 wurden bei zahlreichen Häusern Fenster ausgetauscht, ohne Schutzmaßnahmen bezüglich Asbests zum Nachteil für Bewohner und Handwerker. Nun droht eine Wiederholung. Auch bei der Modernisierung von Bellinzonastr.7 ab 1. März 2026 sind offenbar keinerlei Schutzmaßnahmen geplant bzw. es gibt keinerlei Informationen dazu.

Teilweise wird den Mieter*innen mitgeteilt, dass bauliche Eingriffe wie Bohren oder Dübeln zu unterlassen seien – ein deutlicher Hinweis auf eine mögliche Gesundheitsgefährdung. Gleichzeitig sind umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen angekündigt, bei denen tief in die Bausubstanz eingegriffen werden soll, ohne dass Asbest ausdrücklich thematisiert oder entsprechende Schutzkonzepte offengelegt werden.

Gleichzeitig gibt es in vielen Häusern bei der Sanierung Kernbohrungen durch die Decken sämtlicher Geschosse. Anschließend bleiben die Öffnungen monatelang unverschlossen. Der Putz wird teilweise komplett – ohne Staubschutz – entfernt.

Asbest stellt ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar. Gerade bei älteren Gebäuden ist eine transparente, umfassende und proaktive Information zwingend erforderlich. Die Stadt München hat hier eine Schutz- und Kontrollpflicht, insbesondere wenn Hinweise auf systematische Informationsdefizite bestehen.

Besonders schwer wiegt, dass hinter dem Projekt eine staatsnahe Institution – die Bayerische Versorgungskammer – steht. An eine solche Akteurin sind erhöhte Anforderungen an Transparenz, Verantwortung und Vorbildfunktion zu stellen.

Der Stadtrat muss daher sicherstellen, dass die Gesundheit der Mieter*innen geschützt und alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 2:

Verdacht auf Verstöße gegen die Mietpreisbremse im Quartier – Prüfung und Durchsetzung sicherstellen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob die im Quartier Fürstenried West verlangten Mieten – insbesondere bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen – mit den Vorgaben der Mietpreisbremse nach §§ 556d ff. BGB vereinbar sind;
2. dabei insbesondere zu untersuchen,
 - ob die geltend gemachten Ausnahmetatbestände (z. B. umfassende Modernisierung) rechtlich und tatsächlich vorliegen,
 - ob als „Modernisierung“ deklarierte Maßnahmen in Wirklichkeit über Jahre unterlassene Instandhaltung darstellen und daher nicht umlagefähig sind;
3. konkrete Angebotsmieten im Quartier, insbesondere bei Wohnungen aus den Baujahren der späten 1960er Jahre, exemplarisch zu überprüfen und mit dem qualifizierten Mietspiegel der Landeshauptstadt München abzugleichen;
4. bei festgestellten Verstößen die zuständigen Stellen zur Durchsetzung der Mietpreisbremse einzuschalten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen;
5. dem Stadtrat Bericht über die Ergebnisse der Prüfung zu erstatten.

Begründung

Im Quartier Fürstenried West werden Bestandswohnungen aus den Baujahren 1967–1970 zu außergewöhnlich hohen Quadratmeterpreisen angeboten. Berichten zufolge liegen die Kaltmieten bei Neuvermietungen deutlich oberhalb dessen, was nach dem Münchner Mietspiegel für vergleichbare Wohnungen zulässig erscheint.

Gleichzeitig wurden gegenüber Bestandsmieter*innen erhebliche Mieterhöhungen angekündigt, teils in einer Größenordnung von über 60 Prozent. Als Begründung werden umfangreiche „Modernisierungsmaßnahmen“ angeführt. Nach Einschätzung vieler Betroffener handelt es sich dabei jedoch in wesentlichen Teilen

um nachgeholte Instandhaltungsmaßnahmen, nachdem die Gebäude über Jahrzehnte nur unzureichend instandgehalten wurden.

Die Mietpreisbremse dient dem Schutz der Mieter*innen vor überhöhten Mieten in angespannten Wohnungsmärkten. München zählt unstreitig zu diesen Märkten. Gerade bei großen, einheitlich bewirtschafteten Wohnanlagen besteht die Gefahr, dass systematisch Preisgrenzen überschritten oder Ausnahmeregelungen zu weit ausgelegt werden.

Besondere Bedeutung erhält der Vorgang dadurch, dass hinter dem Quartier eine staatsnahe Institution – die Bayerische Versorgungskammer – steht. Von einer solchen Akteurin ist ein rechtskonformes und sozial verantwortliches Handeln in besonderem Maße zu erwarten.

Der Stadtrat muss daher sicherstellen, dass geltendes Mietrecht eingehalten und die Mietpreisbremse im Sinne der Mieter*innen wirksam durchgesetzt wird.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 3:

Kündigung von Tiefgaragenstell- und Außenstellplätzen im Quartier – Rechtmäßigkeit, soziale Folgen und Ersatzlösungen prüfen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob die Kündigungen von Tiefgaragenstellplätzen im Quartier Fürstenried West – insbesondere in der Bellinzonastraße – formell und materiell rechtmäßig erfolgt sind; Außenstellplätze wurde bereits vor Monaten für die langjährigen Mieter (teilweise Wohnmobile) gekündigt, ohne dass der Platz tatsächlich bis heute in irgendeiner Form für die Nachverdichtung/Baubetrieb genutzt wurde.
2. dabei insbesondere zu untersuchen,
 - ob eine baurechtliche Genehmigung für die angekündigten Sanierungsmaßnahmen an den Tiefgaragen tatsächlich vorliegt,
 - ob der Sanierungsbedarf nachvollziehbar und belegt ist,
 - ob die Sanierungsphase bis Sommer 2028 gerechtfertigt ist
 - ob die Kündigungen einheitlich, transparent und fristgerecht ausgesprochen wurden;
3. darzustellen, ob und in welchem Umfang die gekündigten Stellplätze nach Abschluss der Maßnahmen wieder zur Verfügung gestellt werden sollen, und zu welchem Preis;
4. die sozialen Auswirkungen des Wegfalls von rund 200 Stellplätzen auf die betroffenen Mieter*innen darzustellen, insbesondere für
 - mobilitätseingeschränkte Personen,
 - ältere Menschen,
 - Haushalte mit beruflicher Abhängigkeit vom Pkw;
5. zu prüfen, ob während der Bauzeit oder dauerhaft Ersatzparkmöglichkeiten bereitzustellen sind bzw. angeordnet werden können;
6. dem Stadtrat Bericht zu erstatten.

Begründung

Im Quartier Fürstenried West wurden zwei Tiefgaragen mit jeweils rund 100 Stellplätzen kurzfristig und ohne einheitliche Kommunikation gekündigt. Teilweise erhielten Mieter*innen

Kündigungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten, andere wiederum gar keine Kündigung, obwohl sie Stellplätze nutzen. Dies wirft erhebliche Fragen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und Transparenz des Vorgehens auf.

Bereits vor den Kündigungen bestand im Quartier ein erheblicher Parkdruck, der sich durch laufende Baumaßnahmen zusätzlich verschärft hat. Öffentlicher Raum wird zunehmend durch Baustellenfahrzeuge blockiert. Für viele Mieter*innen – darunter langjährig im Quartier lebende Menschen – stellt der Verlust des Stellplatzes eine erhebliche Belastung im Alltag dar.

Unklar ist zudem, ob die angekündigte Sanierung der Tiefgaragen tatsächlich durchgeführt wird oder ob der Wegfall der Stellplätze dauerhaft geplant ist. Auch ist bislang nicht nachvollziehbar dargelegt worden, ob entsprechende baurechtliche Genehmigungen vorliegen.

Angesichts der Dimension des Projekts und der sozialen Auswirkungen ist eine umfassende Prüfung durch die Stadtverwaltung erforderlich. Dies gilt umso mehr, als die Wohnanlage von einer staatsnahen Institution – der Bayerischen Versorgungskammer – gehalten wird, an die erhöhte Anforderungen an Sorgfalt, Transparenz und soziale Verantwortung zu stellen sind.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 4:

Baustellenstillstand, Baumängel und Sicherheitsrisiken im Quartier – umfassende Prüfung und Bericht

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. einen Überblick über den aktuellen Stand aller Bau- und Modernisierungsmaßnahmen im Quartier Fürstenried West zu erstellen, einschließlich Zeitplänen, Baufortschritt und etwaiger Verzögerungen;
2. zu prüfen, ob es bei den laufenden oder begonnenen Bauvorhaben zu
 - erheblichen Bauverzögerungen oder Baustillständen,
 - baulichen Mängeln,
 - Gefahren für Bewohnerinnen oder Passantinnen gekommen ist;
3. darzustellen, ob der Stadtverwaltung Mängelanzeigen, Beschwerden oder sicherheitsrelevante Vorfälle bekannt sind und welche Maßnahmen daraufhin ergriffen wurden;
4. zu prüfen, ob die Voraussetzungen der erteilten Baugenehmigungen eingehalten werden, insbesondere im Hinblick auf
 - Standsicherheit,
 - Haustechnik (Heizung, Leitungen),
 - Baustellensicherung;
5. bei Vorliegen entsprechender Hinweise darzustellen, in welchem Umfang zuständige Fachbehörden (z. B. Gewerbeaufsicht, Zoll, Arbeitsschutz) eingeschaltet wurden oder einzuschalten sind;
6. dem Stadtrat Bericht zu erstatten.

Begründung

Im Quartier Fürstenried West kommt es seit längerer Zeit zu erheblichen Problemen im Zusammenhang mit laufenden Bau- und Modernisierungsmaßnahmen. Mehrere Gebäude stehen seit Monaten/Jahren unter Gerüst, ohne dass ein erkennbarer Baufortschritt

stattfindet. Ursprünglich angekündigte Fertigstellungstermine wurden deutlich (teilweise länger als ein Jahr, Bellinzonastr. 12 seit drei Jahren mit Gerüst) überschritten.

Mieter*innen berichten zudem von baulichen Mängeln, etwa an Heizungsanlagen und Leitungen, sowie von Eingriffen in Heizkörper oder andere technische Anlagen, die zu weiteren Funktionsstörungen geführt haben sollen. Teilweise wird über Sicherheitsrisiken durch unzureichend gesicherte Baustellen berichtet.

Es kommt immer wieder zu Blockierungen der Feuer- bzw. Rettungswege durch Bauzäune und abgestellte Handwerkerfahrzeuge - sogar am Wochenende.

Angesichts der Größe des Quartiers und der Vielzahl der betroffenen Haushalte ist ein koordiniertes Vorgehen der zuständigen städtischen Stellen erforderlich. Die Stadt hat ein berechtigtes Interesse daran, dass genehmigte Bauvorhaben ordnungsgemäß, sicher und innerhalb angemessener Fristen durchgeführt werden.

Besondere Relevanz erhält der Vorgang dadurch, dass das Projekt von einer staatsnahen Institution – der Bayerischen Versorgungskammer – verantwortet wird. Hier sind erhöhte Anforderungen an Sorgfalt, Kontrolle und Transparenz anzulegen.

Der Stadtrat benötigt daher eine fundierte Grundlage, um mögliche weitere Schritte bewerten zu können.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 5:

Unklare Zuständigkeiten und fehlende Ansprechpartner im Quartier – Transparenz und Erreichbarkeit sicherstellen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob die Eigentümer-, Verwaltungs- und Dienstleisterstrukturen im Quartier Fürstenried West den gesetzlichen Anforderungen an Transparenz, Erreichbarkeit und Verantwortungszuordnung entsprechen;
2. darzustellen,
 - welche Gesellschaft(en) rechtlich Vermieterin der Wohnungen ist/sind,
 - wer jeweils verantwortlich ist für
 - Mietverträge und Mieterhöhungen,
 - Modernisierungsankündigungen,
 - Instandhaltung und Reparaturen,
 - Hausmeister- und Notfalldienste,
 - welche Unternehmen aktuell mit Hausverwaltung, Asset-Management und technischen Dienstleistungen beauftragt sind;
3. zu prüfen, ob Mieter*innen verlässliche, ladungsfähige Ansprechpartner mit vollständiger Anschrift, klarer Zuständigkeit und erreichbaren Kontaktwegen (Post, E-Mail, Telefon) zur Verfügung gestellt werden;
4. zu untersuchen, ob es Fälle gab, in denen wichtige Schreiben von Mieter*innen (z. B. Widersprüche, Mängelanzeigen) als unzustellbar zurückgekommen sind und welche rechtlichen Konsequenzen sich daraus ergeben;
5. zu prüfen, ob die bisherige Praxis – insbesondere die Verwendung von Schreiben ohne namentlich Verantwortliche oder Unterschrift – den miet- und verwaltungsrechtlichen Mindestanforderungen entspricht;
6. gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um eine klare, transparente und für Mieter*innen verständliche Zuständigkeitsstruktur sicherzustellen;
7. dem Stadtrat Bericht zu erstatten.

Begründung

Viele Mieter*innen im Quartier Fürstenried West berichten, dass sie nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen – sei es bei Problemen mit dem Mietvertrag, bei Mängeln in der Wohnung, bei Fragen zur Modernisierung oder im Notfall.

Zuständigkeiten zwischen Eigentümergesellschaft, Hausverwaltung, Hausmeisterdienst und weiteren Akteuren wie zum Beispiel Verantwortliche für die Bau-/Sanierungsmaßnahmen sind für die Betroffenen nicht nachvollziehbar.

Die überlassenen Notfallnummern sind im Schadensfall nicht erreichbar bzw. es gibt keine Übernahme der Verantwortung für die jeweilige Situation.

Teilweise werden Schreiben ohne namentlich verantwortliche Person oder ohne Unterschrift versandt. In einzelnen Fällen sollen wichtige Schreiben von Mieter*innen als unzustellbar zurückgekommen sein, weil am angegebenen Sitz keine erreichbare Adresse oder kein Briefkasten vorhanden war. Dies erschwert die Wahrnehmung von Mieterrechten erheblich.

Eine klare Benennung von Verantwortlichkeiten und erreichbaren Ansprechpartnern ist eine grundlegende Voraussetzung für ein rechtsstaatliches Mietverhältnis. Mieter*innen dürfen nicht in die Situation geraten, ihre Rechte faktisch nicht ausüben zu können, weil unklar ist, wer zuständig ist oder weil Kontaktaufnahmen ins Leere laufen.

Besonders problematisch ist dies angesichts der Größe des Quartiers und der Tatsache, dass es sich um eine von einer staatsnahen Institution – der Bayerischen Versorgungskammer – geprägte Struktur handelt. Von solchen Akteuren ist ein hohes Maß an Transparenz, Verlässlichkeit und Verantwortungsbewusstsein zu erwarten.

Der Stadtrat muss daher sicherstellen, dass die Mieter*innen im Quartier Fürstenried West über klare, funktionierende und rechtssichere Ansprechpartner verfügen.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 6:

Besondere Verantwortung staatsnaher Institutionen als Vermieter – Konsequenzen aus dem Fall Quartier Fürstenried West

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. darzustellen, welche besonderen Anforderungen an Transparenz, soziale Verantwortung und rechtmäßiges Handeln an staatsnahe Institutionen gestellt werden, wenn diese in erheblichem Umfang als Vermieter auftreten;
2. zu prüfen, ob das Vorgehen der Eigentümer- und Betreiberstrukturen im Quartier Fürstenried West diesen Anforderungen gerecht wird, insbesondere im Hinblick auf
 - Informationspflichten gegenüber Mieter*innen,
 - Umgang mit Gesundheits- und Sicherheitsrisiken,
 - Ankündigung und Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen,
 - Kommunikation und Erreichbarkeit;
3. darzustellen, welche aufsichtsrechtlichen oder ordnungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt München zur Verfügung stehen, wenn bei staatsnahen Vermieterstrukturen systematische Defizite festgestellt werden;
4. zu prüfen, ob und in welcher Form eine Befassung der zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörden angezeigt ist;
5. dem Stadtrat Bericht zu erstatten.

Begründung

Im Quartier Fürstenried West häufen sich Berichte über erhebliche Probleme für Mieter*innen, darunter bauliche Mängel, unzureichende Information über Gesundheitsrisiken, massive Mieterhöhungen sowie unklare Zuständigkeiten.

In den fünf Jahren der Übernahme der Wohnungen durch die neu gegründete Firma Quartier FÜRstenried West geschl. Inv KG war keine von drei vorgelegten Betriebskostenabrechnungen (2021 bis 2023) korrekt mit vollständigen Belegen.

In 2021 wurden nicht allen Mietern die zu viel eingeforderten, da nicht umlagefähigen Kosten zurückerstattet mit dem Hinweis, das müsste man einklagen.

Bis zu vier Versionen von Abrechnungen pro Jahr wurden den Mietern zugemutet. Für die Abrechnung 2024 kam es zur Berechnung von völlig überhöhten Vorauszahlungen der Nebenkosten ab 2026, die trotz Hinweis bis heute nicht korrigiert wurden.

Diese Missstände wiegen besonders schwer, da hinter dem Quartier eine staatsnahe Institution – die Bayerische Versorgungskammer – steht.

Staatsnahe Institutionen tragen eine besondere Verantwortung, wenn sie als große Akteure auf dem Wohnungsmarkt auftreten. Von ihnen ist nicht nur die Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards zu erwarten, sondern auch ein vorbildliches, transparentes und sozial verantwortliches Handeln. Dies gilt insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten wie München.

Der vorliegende Fall wirft die grundsätzliche Frage auf, wie staatliche oder staatsnahe Akteure ihrer Rolle als Vermieter gerecht werden und welche Instrumente Kommunen haben, um bei systematischen Problemen einzuschreiten.

Der Stadtrat benötigt daher eine fundierte Grundlage, um bewerten zu können, ob und welche strukturellen Konsequenzen aus dem Fall Quartier Fürstenried West zu ziehen sind – auch mit Blick auf vergleichbare Konstellationen in der Zukunft.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.01.2026

Antrag Fürstenried West 7:

Schutz langjähriger Mieter*innen im Quartier – soziale Verdrängung verhindern

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, in welchem Umfang im Quartier Fürstenried West eine Verdrängung langjähriger Mieter*innen durch stark steigende Mieten, Modernisierungsmaßnahmen und den Wegfall von Infrastruktur (z. B. Stellplätze) droht;
2. darzustellen,
 - wie viele Haushalte seit mehr als 10, 20 oder 30 Jahren im Quartier wohnen,
 - welche Mieterhöhungen angekündigt oder bereits umgesetzt wurden,
 - in wie vielen Fällen soziale oder wirtschaftliche Härtefälle zu erwarten sind;
3. zu prüfen, ob die Voraussetzungen für den Erlass einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz) oder vergleichbarer städtebaulicher Instrumente im Quartier Fürstenried West vorliegen;
4. darzustellen, welche kommunalen Schutzinstrumente (z. B. Härtefallregelungen, Beratung, Vermittlung, Auflagen bei Modernisierung) eingesetzt werden können, um die Bestandsmieter*innen zu schützen;
5. zu prüfen, ob und in welcher Form der Eigentümer verpflichtet werden kann, soziale Abfederungsmaßnahmen (z. B. zeitliche Streckung von Mieterhöhungen, individuelle Vereinbarungen, Verzicht auf maximal mögliche Umlagen) umzusetzen;
6. dem Stadtrat Bericht zu erstatten.

Begründung

Das Quartier Fürstenried West ist Wohnort vieler Menschen, die dort teilweise seit über 30 oder 40 Jahren leben. Die vergleichsweise günstigen Bestandsmieten ermöglichen es insbesondere älteren Menschen, Familien und Haushalten mit mittlerem oder geringerem Einkommen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben.

Durch angekündigte massive Mieterhöhungen, umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen sowie den Wegfall von Stellplätzen geraten viele dieser Haushalte unter erheblichen

finanziellen Druck. Es besteht die konkrete Gefahr, dass langjährige Mieter*innen ihre Wohnungen nicht mehr halten können und aus dem Quartier verdrängt werden.

Der Schutz der angestammten Wohnbevölkerung ist ein zentrales wohnungspolitisches Ziel der Landeshauptstadt München. Instrumente wie soziale Erhaltungssatzungen oder gezielte Härtefallregelungen dienen dazu, soziale Durchmischung zu erhalten und Verdrängung in angespannten Wohnungsmärkten zu verhindern.

Besondere Brisanz erhält der Fall dadurch, dass das Quartier von einer staatsnahen Institution – der Bayerischen Versorgungskammer – geprägt wird. Von solchen Akteuren ist ein besonders verantwortungsvoller Umgang mit den sozialen Folgen ihrer Investitions- und Bewirtschaftungsentscheidungen zu erwarten.

Der Stadtrat muss daher prüfen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um soziale Härten zu vermeiden und die langjährige Mieterschaft zu schützen.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)